



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

Donnerstag, 24. März 2011

### **Presseinformation Bürgerallianz Thüringen e.V.**

#### **CDU und SPD zementieren unzeitgemäße Straßenausbaubeiträge in Thüringen**

„Obwohl in anderen Bundesländern die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im Interessen der Bürger gelockert und zurückgefahren, haben CDU und SPD nunmehr die Thüringer Erhebungsvorschriften verschärft, was zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Bürger führt“, kritisiert der Landesvorsitzende der Thüringer Bürgerallianz Peter Hammen.

Das Finanzierungsmodell „Straßenausbaubeiträge“ stammt aus der Zeit des Endes des 19. Jahrhunderts und ist für die heutige Zeit nicht mehr geeignet. Die Thüringer Bürgerallianz hat als Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben ein alternatives Finanzierungsmodell erarbeitet und den Fraktionen im Landtag zugeleitet. Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE haben diesen Vorschlag aufgegriffen und einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den Landtag eingebracht. Er sieht die Option der Erhebung einer so genannten Infrastrukturabgabe anstelle der Beiträge vor.

„Dieser Gesetzentwurf findet die Unterstützung der Bürgerinitiativen, wobei es sich auch hier um einen Kompromiss handelt, der bei einzelnen Bürgerinitiativen nicht unumstritten war und ist“, stellt Peter Hammen klar.

Der Gegenentwurf der CDU/SPD-Landesregierung ist dem gegenüber aus Sicht der Bürgerallianz ein Angriff auf den Rechtsstaat und völlig indiskutabel. „Wenn jetzt Gemeinden für Straßenausbaumaßnahmen bis 1991 Straßenausbaubeiträge erheben müssen, ist dies eine ungerechtfertigte rückwirkende Erhebung, unabhängig von der akademischen Rechtsauslegung“, ist der Chef der Bürgerallianz überzeugt.

Die im jetzt durch die CDU/SPD beschlossenen Gesetz enthaltenen Möglichkeiten zur Reduzierung oder dem Verzicht der Beiträge werden in der kommunalen Praxis kaum Wirkung erzielen. Vielmehr werden bei den Bürgern wieder einmal Hoffnungen erzeugt, die sich in Luft auflösen werden. Und dabei geht es bei der rückwirkenden Erhebung um viel Geld, ca. 260 Millionen EUR.

Besonders enttäuscht ist für die Bürgerallianz, dass in Thüringen nicht einmal die sächsischen Regelungen zur Wirkung kommen werden. In Sachsen können die Gemeinden selbst entscheiden ob und in welcher Höhe sie Straßenausbaubeiträge erheben.

Die Bürgerallianz wird sich mit dem jetzigen Gesetzesbeschluss von CDU/SPD nicht abfinden. „Wir prüfen die Voraussetzungen für ein Volksbegehren“, so Peter Hammen. Im April wird es hierzu ein landesweites Treffen der Bürgerinitiativen geben.

Constanze Truschzinski  
i.V. Unterschrift  
01738884153